

# CampusGrün



## Programm

für die Wahl zum Studierendenparlament und zum  
Akademischen Senat für die Legislatur 2010/11

Beschlossen am 3.11.2009

## Impressum

Herausgeber: CampusGrün Hamburg

c/o Fachschaft Informatik  
Universität Hamburg  
Vogt-Kölln-Str. 30  
22527 Hamburg

E-Mail: [kontakt@campusgruen.org](mailto:kontakt@campusgruen.org)  
Web: <http://www.campusgruen.org/>

V.i.S.d.P.: Swantje Böttcher

CampusGrün Hamburg ist eine eingetragene studentische Vereinigung an der Universität Hamburg.

CampusGrün Hamburg wird vertreten durch den Vorstand, derzeit bestehend aus: Sophie Kaphengst, Ingo Balzereit (Vorsitzende), Teresa Kersting (Schatzmeisterin), Kathrin Janzen, Swantje Böttcher (weitere Mitglieder) und Arne Köhn (koopertiertes Mitglied).

CampusGrün Hamburg ist Mitglied von *Campusgrün - Das Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen*.



This work is licensed under

<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

# Inhaltsverzeichnis

1	Auftakt	5
2	Grün ist nur, wer Grünes tut!	5
3	Wer hat was zu sagen?	7
4	Schichtenproblem	8
5	Wir machen es selbst!	9
6	Soziale Ausgrenzung leicht gemacht	10
7	Geld hilft nicht immer	11
8	Un(i)gleichberechtigt?	12
9	Was muss Schule machen?	15
10	Wer hat Angst vor STiNE?	17
11	Le[ ]renlassen	18
12	Grasbrook: Quadratisch praktisch gut?	21
13	Viel Werbung, nichts dahinter?	22
14	Kultur	23

# 1 Auftakt

CampusGrün Hamburg ist eine parteiunabhängige hochschulpolitische Interessensgemeinschaft Studierender aller Fachbereiche an der Universität Hamburg mit dem Ziel die Studierenden der Universität Hamburg zu repräsentieren, sowie an der politischen Willensbildung der Studierenden nach demokratischen Grundsätzen teilzunehmen. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Hochschule und ihre Studierenden.

Wir stehen für einen Kreis von Grundwerten, wie Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, nicht für eine Ideologie. Wir treten an, um mit unserem Engagement die Bedingungen an der Hochschule für die Studierenden zu verändern und zu verbessern. Wir glauben an die Freiheit von Wissen und stellen alle unsere Texte, wie auch dieses Programm, unter freie Lizenz.

## 2 Grün ist nur, wer Grünes tut!

Spätestens seit dem 4. UN-Klimabericht 2007, der die verheerenden Folgen des Klimawandels prognostiziert, sind Themen wie Nachhaltigkeit und Ökologie in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Jeder von uns hat eine Verantwortung für die Welt in der wir leben, und sollte auch dementsprechend handeln. Auch und gerade an Orten, an denen viele Menschen zusammenkommen, wie an der Universität, können und müssen die Dinge angepackt und bewegt werden. Wir glauben an die Idee einer emissionsneutralen Universität und fordern die Verankerung von ökologischen Aspekten im universitären Leitbild.

Eine der größten Emissionsquellen ist der Verkehr. Daher ist das Semesterticket eine sinnvolle Einrichtung. Eine Erweiterung des Geltungsbereiches gegen deutliche Mehrkosten lehnen wir allerdings ab. Die Metrobuslinie 5 ist die meistbefahrene Buslinie Europas, wir fordern daher die Linie 5 zur Stadtbahn auszubauen und so die Verkehrsanbindung der Universität zu verbessern.

Der Grindelhof soll nach dem Modell SharedSpace zu einer für alle VerkehrsteilnehmerInnen gleichberechtigten Verkehrsfläche werden und so in Zukunft Fußgängern und Radfahrern mehr Raum bieten.

Uns geht es aber auch um die Stärkung des ökologischen Bewusstseins der Universitätsmitglieder. Dazu gehört neben Maßnahmen wie der regelmäßigen Wartung von Gebäuden in Hinsicht auf Wärmeschutzdämmung, Toilettenspülungen und Wasserhähne auch die Verankerung ökologischer Aspekte in den Lehrinhalten.

Wir unterstützen das Angebot von Bioessen in den Mensen und setzen uns dafür ein, dass dieses Angebot beibehalten und ausgebaut wird. Zudem sollen möglichst große Teile des Sortimentes durch fair gehandelte Waren ersetzt werden. Weiterhin setzen wir uns für die flächendeckende Nutzung von Recyclingpapier in den uneigenen Druckern und Kopierern, aber auch in denen der umliegenden CopyShops ein. Recyceltes Papier ist nicht nur erheblich umweltfreundlicher, sondern auch preisgünstiger, was es der Universität Hamburg ermöglichen würde, das so eingesparte Geld weit sinnvoller einzusetzen.

Zu einer emissionsneutralen Universität gehört eine nachhaltige Energieversorgung. Dafür bedarf es eines umfassenden Energiekonzeptes für die Universität. Hier ist es wichtig bei zukünftigen Ausschreibungen nicht nur Ökostrom als Bedingung zu nennen, sondern sicherzustellen, dass der Stromanbieter sich auf Regenerative Energien beschränkt und Gewinne in Forschung und neue Anlagen investiert. Energie muss, wo immer möglich, eingespart werden: Sei es durch regulierbare Heizungen, selbstausschaltende Beamer oder bessere Isolierung. Häufig führen diese Investitionen zu Einsparungen, so dass sich die Investitionen binnen kürzester Zeit amortisieren.

Außerdem fordern wir die Installation von Solarpaneelen auf Dächern universitärer Gebäude. Dieses wird von den *Klimafreunden* der Uni Hamburg schon aktiv vorangetrieben, und muss von einem Ökologiereferat begleitet und unterstützt werden. Der Ansatz ist hierbei ökologische und forschungsrelevante Faktoren zu integrieren und Studierende für die Möglichkeiten erneuerbarer Energien zu sensibilisieren.

### **3 Wer hat was zu sagen?**

Das Grundgesetz garantiert die Freiheit von Forschung und Lehre. Das bedeutet aus unserer Sicht, dass die Universität von Forschenden, Lehrenden, Studierenden und weiteren MitarbeiterInnen selbst verwaltet werden muss. Eine Hochschule ist kein Unternehmen und kann nicht wie ein Unternehmen nach dem top-down Prinzip gegen die Universitätsmitglieder gelenkt werden. Das hat gerade auch die Auseinandersetzung um den Abgang der Universitätspräsidentin im letzten Semes-

ter gezeigt. Aus diesem Anlass sollte die Studierendenschaft das Thema jetzt offensiv angehen: Wir wollen eine Universität, die davon lebt, dass alle mitmachen!

## 4 Schichtenproblem

Wir sehen dringenden Handlungsbedarf für eine Reform des Hochschulgesetzes im Rahmen der von den Regierungsparteien angekündigten Evaluierung. Konkret bedeutet das:

Der zur Hälfte mit Externen (auch aus der Wirtschaft) besetzte Hochschulrat hat sich als ungeeignet erwiesen das Präsidium zu kontrollieren. Die Leitungsgremien Präsidium und Dekanat müssen das Vertrauen der entsprechenden Selbstverwaltungsgremien (Akademischer Senat und Fakultätsrat) genießen, von diesen gewählt werden und im Zweifelsfall von diesen auch wieder abberufen werden können.

Die Einflussnahme der Wirtschaft auf die strategische Ausrichtung der Hochschule lehnen wir ab. Deswegen muss der Hochschulrat in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Viele wichtige Entscheidungen, die das Studium betreffen, müssen in den Fächern getroffen werden. Es soll auch unterhalb der Fakultäten wieder eine Selbstverwaltungsebene mit gewählten Gremien und verpflichtender studentischer Beteiligung geben. Die Zuständigkeiten der einzelnen Ebenen - zentrale Ebene, Fakultät, Fach - müssen klar geregelt und nach dem Subsidiaritätsprinzip gestaltet werden. Mittelfristig muss evaluiert werden, ob die Zusammenlegung der Fachbereiche zu Fakultäten tatsächlich sinnvolle Verwaltungsstrukturen hervor gebracht hat. Das Hochschulgesetz sollte der Hochschule die

Möglichkeit geben ihre Strukturen, wo es notwendig ist, anzupassen. Studentische Beteiligung muss in allen Fragen, die das Studium betreffen, wieder verpflichtend vorgesehen werden. Es kann nicht sein, dass das Präsidium durch die Mittelzuweisung oder durch die Einführung eines Systems wie StiNE, Fakten schafft, und die Gremien ihre Kompetenzen in der Gestaltung des Studiums nur noch auf Grundlage dessen ausüben können.

## **5 Wir machen es selbst!**

Die demokratischen Grundrechte der Studierenden werden von den meisten nicht wahrgenommen. Dies zeigt nicht nur die geringe Beteiligung an Wahlen, sondern auch Unwissenheit und Desinteresse eines Großteils der Studierenden bezüglich studentischer und akademischer Selbstverwaltung. Die Studierendenschaft muss sich zum einen verstärkt um die (hochschul)politische Bildung der Studierenden kümmern. Zum anderen braucht es transparente und offene Strukturen, um Studierende zum Mitmachen zu animieren. Aktivitäten bzw. Inaktivitäten des AStA müssen offen gelegt werden. Sowohl das StuPa, als auch der AStA sollten hierzu Protokolle veröffentlichen, die tatsächlich Rückschlüsse über die Gegenstände der Beratungen und die vertretenen Positionen zulassen.

Die Arbeit von AStA, Fachschaftsräten und studentischen VertreterInnen in Gremien sollte koordiniert erfolgen. Hierfür bedarf es Akzeptanz von unterschiedlichen Ansichten und einer Gesprächskultur auf gleicher Augenhöhe, um gemeinsame Positionen zu finden, mit denen die Studierenden nach außen geschlossen auftreten können.

Die Satzung und Wahlordnung der Studierendenschaft müssen insbesondere im Hinblick auf Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten reformiert werden. Die aktuell geltende 2,5%-Hürde widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz und ist für ein Organ ohne Gesetzgebungskompetenz nicht zu rechtfertigen.

Teilautonome Referate im AStA für die Selbstvertretung strukturell benachteiligter Gruppen sind wichtig, um sich den Problemen anzunehmen, die vom alltäglichen "Service" von Universität und AStA übersehen werden. Ihre Arbeit muss durch eine Satzung geregelt und die Wahlen müssen transparent gestaltet sein.

Mit den Geldern des Haushalts der Studierendenschaft (ca. 750.000€ im Haushalt 2009/10) muss verantwortungsvoll und transparent umgegangen werden. Dazu braucht es einen umfangreichen, detaillierten und aussagekräftigen Haushaltsplan, mit einer Kommentierung, die es jedem erlaubt nachzuvollziehen, welche Projekte und Projektkräfte innerhalb der Referate finanziert werden. Wir lehnen es ab, einzelne Bereiche - wie zum Beispiel die Verwaltung der Kulturkurse - an Dritte auszulagern. Dies führt dazu, dass Ausgaben und Einnahmen für die Studierendenschaft nicht mehr nachvollziehbar sind.

## **6 Soziale Ausgrenzung leicht gemacht**

Wir lehnen Studiengebühren ab und damit auch das Gebührengesetz der schwarzgrünen Koalition.

Wir sehen in diesem Gebührengesetz einen schlechten Kompromiss, der die zunehmende Ökonomisierung der Bildung und den schrittweisen Rückzug der staatlichen Verantwortung nicht stoppt, sondern erstmals auch durch die grüne Partei in einer Koalition akzeptiert wird. Bildung darf nicht zur Ware und die Universität nicht zu einem Wirtschaftsunternehmen werden.

Es ist nicht klar, welche Kosten durch das aktuelle Gebührenmodell durch Zinsen und nicht zurückgezahlte Gebühren auf die Stadt zukommen. Wir fordern: Eine vernünftige, nachhaltige, staatliche Finanzierung, die zu realen Verbesserungen für Studierende führt, muss zentrales Ziel einer Stadt sein, die auf gut ausgebildeten Nachwuchs angewiesen ist. Studiengebühren schrecken insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen aus bildungsfernen Schichten vom Studium ab, verstärken damit die Selektion im Bildungssystem und stellen eine weitere Dimension sozialer Ausgrenzung dar.

## **7 Geld hilft nicht immer**

Das Hochschulgesetz schreibt vor, dass die Ausgaben aus Studiengebühren veröffentlicht werden müssen und die Studierenden an der Vergabe der Gelder angemessen zu beteiligen sind. Beides ist derzeit nicht erfüllt. Der AStA darf nicht in Hinterzimmern mit dem Unipräsidium Absprachen treffen, sondern muss Positionen und Ergebnisse offen legen und sich studentischer Kritik stellen. Wir sehen die Probleme bei der Verwendung auch als gewichtiges Argument gegen Studiengebühren, dazu müssen aber die Probleme an die Öffentlichkeit getragen werden. Dies ist Aufgabe eines AStA.

Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass das Geld nicht dafür verwendet wird, bestehende und neu entstehende Haushaltslöcher zu stopfen, sondern die Studiensituation zu verbessern. Wichtig ist, dass einer Querfinanzierung der Fächer entgegen gewirkt wird, denn die Mittel für Maßnahmen müssen für den jeweiligen Studiengang verwendet werden. Hier stellt sich jedoch das Problem, dass einige Fächer weniger Ausgaben haben als andere, und somit Schwierigkeiten haben, das Geld überhaupt sinnvoll auszugeben. So kann man mit Studiengebühren zwar jeden Raum mit einem Beamer ausstatten, allerdings führen solche Maßnahmen nicht zu einer Verbesserung der inhaltlichen Qualität eines Studienganges.

Professuren aus Studiengebühren lehnen wir ab. ProfessorInnen gehören zur "Grundausstattung" einer Universität und können somit nicht als Verbesserung der Lehre gewertet werden. Zudem betreiben sie Forschung, welche nicht von Studierenden, sondern von der Gesellschaft finanziert werden muss. Um die Einheit von Forschung und Lehre nicht zu gefährden, wäre es jedoch der falsche Schritt Lehrprofessuren auszuschreiben. Diese hätten auch nur geringe Anziehungskraft auf BewerberInnen.

## 8 Un(i)gleichberechtigt?

*"Frauen sind doch längst gleichberechtigt" oder "Es macht keinen Unterschied, ob du eine Frau oder ein Mann bist" - Sätze, die gern und häufig gesagt werden, denn in unseren Gesell-*

schaftsstrukturen hat sich viel getan in den letzten Jahrzehnten. Mehr als die Hälfte aller Studierenden in Hamburg sind Frauen, gerade dadurch kann leicht das Gefühl von Geschlechtergleichberechtigung entstehen.

Bei näherem Hinsehen jedoch zeigt sich, dass in vielen Hochschulstrukturen das paritätische (Parität beschreibt hier eine gleiche Verteilung zwischen den Geschlechtern) Besetzen von Ämtern und Gremien nicht immer gelingt. So gibt es noch immer viel weniger Professorinnen als Professoren. Themen wie Kinderbetreuung oder Elternzeit sind kaum ein Thema in der Universität.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt Ungleichbehandlung von Mann und Frau in der Gesellschaft und vor allem an der Universität aufzuzeigen und zu bekämpfen. Um eine Universität familienfreundlich zu gestalten reicht es nicht nur Kindergartenplätze anzubieten. Diese müssen flexibel und kurzfristig im Stundentakt nutzbar sein. In der Umgebung oder unmittelbar auf dem Campus bedarf es Spielflächen für Kinder; Wickelräume und Spielecken sollten nach Bedarf ausgebaut werden.

Wir fordern eine Anlaufstelle für Opfer sexueller Belästigung verknüpft mit einer psychologischen und rechtlichen Beratung. So wollen wir Freiräume speziell für Frauen schaffen, in denen es Möglichkeiten zum Austausch, zur Vernetzung aber auch zum Rückzug gibt.

Neben geschlechterspezifischen Aspekten geht es uns auch darum, alltäglichen und institutionellen Rassismus und Aus-

länderInnenfeindlichkeit zu bekämpfen, denn wir wollen eine internationale Gesellschaft, in der alle Menschen leben können, ohne beruflichen oder sozialen Nachteilen ausgesetzt zu sein. Die Hamburger Universität zeichnet sich auch dadurch aus, dass Studierende von überall her kommen, um zu studieren. Diese Vielfalt muss unbedingt gefördert und Hindernisse abgebaut werden. Dafür ist eine schnelle unbürokratische Eingliederung in den Unialltag notwendig.

Wir fordern deshalb einen Ausbau an Mentoring-Programmen, die ausländische Studierende aufnehmen und erste Kontakte fördern. Grundsätzlich ist wichtig, dass keine Unterschiede zwischen EU- und Nicht-EU-Ausländern gemacht werden und alle gleichermaßen gefördert werden.

Gleichstellung bedeutet auch eine Verbesserung des barrierefreien Lebens, denn Menschen mit Behinderung sind immer noch zahlreichen Barrieren im Unialltag ausgesetzt. Wo diese sind und in welchem Ausmaß sie behindern, können nur Betroffene gut beurteilen.

Wir fordern daher eine starke teilautonome Vertretung sowohl der Menschen mit Behinderungen als auch derjenigen mit chronischen und psychischen Erkrankungen, um allen Studierenden gleichermaßen einen gerechten Zugang zum Studium zu ermöglichen.

## 9 Was muss Schule machen?

Wir verstehen die Universität nicht als eine Lernfabrik, sondern als Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden im Humboldtschen Sinne. Somit braucht das universitäre Studium neben einem festen Curriculum auch die Möglichkeit ohne Zwang selbstgewählte Studieninhalte und Schwerpunkte zu setzen und zu verfolgen. Ziele eines Universitätsstudiums sind, neben der Berufsqualifikation und der Kompetenz zum (fach)wissenschaftlichen Arbeiten, die Persönlichkeitsentwicklung und Befähigung zur staatsbürgerlichen Teilhabe. Die Gesellschaft braucht Menschen die kritisch denken, komplexe Probleme eigenständig erkennen und daraus Konsequenzen für das eigene verantwortungsvolle Handeln ziehen. Das Ziel universitärer Lehre ist es, frei nach Heraklit von Ephesos, nicht Fässer zu füllen, sondern Feuer zu entfachen.

Wir begrüßen, dass mit dem Bologna-Prozess unter anderem versucht wurde, die Mobilität im europäischen Hochschulraum zu erhöhen. Wir sehen darin die Chance, dass sich ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum entwickeln kann, sich Universitäten öffnen und kultureller Austausch befördert wird. Jedoch hat die Umsetzung des Bologna-Prozesses an der Universität Hamburg zu zum Teil unerträglichen Belastungen geführt. Dies bezieht sich vor allem auf die hohe Prüfungsbelastung sowie die überproportionierte Stoffdichte in einzelnen Studiengängen.

Durch Prüfungen sollen Kompetenzen und nicht bloßes Faktenwissen nachgewiesen werden. Hierfür sind geeignete Prüfungsformen zu wählen (etwa OpenBookKlausuren oder praxisori-

enterte Prüfungsformen). Die Zweckmäßigkeit von Prüfungsformen ist im Einzelfall zu überprüfen. Der Umgang mit Studien- und Prüfungsleistungen muss insgesamt flexibler gestaltet und in manchen Fachbereichen reduziert werden.

Anwesenheitspflicht in Vorlesungen lehnen wir ab, weil Studierende aus eigenem Antrieb lernen sollten. Um dieses eigenmotivierte Lernen weiter zu fördern, muss es an der Universität Hamburg mehr studentisch selbstverwaltete Seminare geben. Es muss die Möglichkeit bestehen, auch über die von der Prüfungsordnung geforderten Module hinaus an anderen Modulen teilnehmen zu können. Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Modulen sollten eröffnet werden: Demnach sollte es vermehrt möglich sein, Module auch ohne Prüfung zu beenden.

Der Master soll an Universitäten Regelabschluss sein. Aus diesem Grund darf es für den Master keine weiteren Zugangsvoraussetzungen als einen bestandenen, fachlich relevanten Bachelor-Abschluss geben. Übergangsquoten lehnen wir ab. Die Übergangsphase zum Master ist möglichst flexibel zu gestalten.

Auslandsaufenthalte im Rahmen des Studiums müssen stärker als bisher gefördert werden. Hierzu bedarf es Angebote fachnaher Beratung in allen Studiengängen z.B. durch Erasmus-Beauftragte. Mobilitätshindernisse durch zu starre Studienordnungen müssen abgebaut werden. Die Lissabon-Konvention zur Anerkennung von Studienleistungen muss in vollem Umfang an der Universität Hamburg umgesetzt werden.

In Hamburg gibt es viele Studierende, die neben dem Stu-

dium arbeiten, um sich den Lebensunterhalt und das Studium zu finanzieren oder Kinder zu versorgen. Die Universität muss diesen Umständen Rechnung tragen und eine flexible Gestaltung des Studiums ermöglichen. Eine zu hohe Belastung durch Studium und externe Verpflichtungen führt leider in vielen Fällen zu Burnout und Studienabbruch.

## **10 Wer hat Angst vor STiNE?**

STiNE als Universitätsverwaltungssystem baut auf der sinnvollen Idee auf, eine Verwaltungssoftware einzuführen, die das Management einer Universität aus Verwaltungs- und Studierendensicht unterstützt. Auch klar ist, dass eine Software nicht sofort perfekt laufen kann. Allerdings erfüllt CampusNet, als Produkt der Datenlotsen GmbH nicht die Anforderungen, sowohl die Konzeption als auch die Umsetzung betreffend. Noch fast 4 Jahren Entwicklungszeit in Kooperation mit der Universität Hamburg ist das Ergebnis nicht befriedigend.

Das Verhalten des Systems ist für die Studierenden sehr intransparent. Studierende haben ein Recht zu erfahren, welche Daten anfallen, welche Stellen an der Universität Zugriff auf diese haben und wann eine Löschung stattfindet. Wir wollen, dass die Probleme, die die Sicherheit und Verfügbarkeit des Systems betreffen öffentlich gemacht und nicht weiter vertuscht werden. Aus softwaretechnischer Sicht stellen nicht nur die Bedienung und die unbefriedigende Verfügbarkeit ein Problem dar, sondern auch die mangelnde Barrierefreiheit.

Die Modellierungsmöglichkeiten in STiNE beschränken teil-

weise die sinnvolle Gestaltung von Studiengängen. Auch werden die Studierenden durch zu strikte Umsetzung der Fristen und Anforderungen in einzelnen Modulen in Ihren individuellen Studienverläufen behindert. Dies lehnen wir ab. Das System muss sich an die Universität anpassen, nicht die Universität an das System.

## 11 Le[ ]renlassen

Die Einheit von Forschung und Lehre ist einer der Grundpfeiler der Institution Universität. Dies bedeutet nicht nur, dass Forschung und Lehre gleichberechtigt nebeneinander stehen, sondern die Wechselwirkung für beide Seiten unabdingbar ist.

Es ist festzustellen, dass es in vielen Fragen zu einem “Übergewicht” der Forschung gekommen ist. Durch den Rückgang staatlicher Forschungsfinanzierung über Grundmittel, ist das Einwerben von Drittmitteln für HochschullehrerInnen und Hochschulen immer wichtiger geworden, diese Mittel wie auch die Mittel aus der Exzellenzinitiative werden ausschließlich für die Forschung und nach Kriterien der Forschungstätigkeit vergeben.

Hinzu kommt, dass die Universität Hamburg in Zukunft auch ihre Grundmittel stärker im Rahmen einer indikatorgestützten leistungs- und belastungsorientierten Mittelvergabe verteilen wird. Hier ist zu befürchten, dass HochschullehrerInnen gezwungen werden, sich auf die Verbesserung ihrer forschungsorientierten Indikatoren zu konzentrieren. Dies führt auch dazu, dass Forschungstätigkeit und Drittmittelinwer-

bung in Berufungsverfahren einen überragenden Stellenwert haben.

Zukünftige HochschullehrerInnen müssen nicht nur Erfahrung in der Lehre und ein Lehrkonzept vorweisen, sondern auch nachgewiesene didaktische Kompetenzen. Dies erfordert nicht nur Angebote der hochschuldidaktischen (Weiter)Bildung für NachwuchswissenschaftlerInnen, sondern Kriterien der Lehre, die in Berufungsverfahren viel stärker berücksichtigt werden müssen. Dieses Problem kann nicht durch eine Exzellenzinitiative in der Lehre gelöst werden, die das Ziel hat “Leuchttürme der Lehre” zu bauen. Wir brauchen gute Lehre in der Breite und nicht nur in der Spitze. Aus diesem Grunde lehnen wir eine Verbesserung der Betreuungsrelation auf Kosten der Anzahl an Studienplätzen ab.

Einheit von Forschung und Lehre bedeutet aber auch Forschungsbezug in der Lehre, insbesondere natürlich in Masterstudiengängen. Auch in Bachelorstudiengängen ist der Bezug zur Forschung herzustellen, hierfür ist eine bessere Förderung innovativer Lehr- und Lernformen nötig. Nur forschende ProfessorInnen können echte Forschungsbegeisterung weitergeben, aus diesem Grund lehnen wir Lehrprofessuren ohne eigene Forschungstätigkeit ab. Wir fordern, dass die Wissenschaftsstiftung der Freien und Hansestadt Hamburg bei ihrer Mittelvergabe auf folgende Kriterien Wert legt:

- Bezug zur Lehre
- die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- die Förderung von Frauen in der Wissenschaft

- die Förderung von Fächern die von der bisherigen Mittelvergabepraxis der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Exzellenzinitiative des Bundes benachteiligt werden.

Die derzeitige Landesexzellenzinitiative ist eher ein “Testlauf” für die Bundesexzellenzinitiative.

Die Einführung strukturierter Promotionsstudiengänge mit Lehrveranstaltungen und Modulprüfungen sehen wir kritisch. Messlatte für eine Promotionsprüfung muss eine eigenständig erbrachte, mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen abschließende Forschungsleistung bleiben.

Die Uni hat nicht nur gegenüber ihren Mitgliedern, sondern auch gegenüber der Gesellschaft als Ganzes die Verpflichtung, Forschungsergebnisse sowie Lehrmaterialien der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Forschungsergebnisse werden häufig in teuren Journals publiziert, anstatt sie z.B. im Internet zur Verfügung zu stellen. Hauptabnehmer dieser Journals sind wieder Unis, die somit für die Ergebnisse universitärer Arbeit bezahlen müssen. Die Gewinne verbleiben hierbei bei den verschiedenen Verlagen wie Elsevier oder Springer.

Die Uni sollte Anreize schaffen, Wissen frei zur Verfügung zu stellen zum Beispiel, in dem Veröffentlichungen auf frei zugänglichen Plattformen nicht mehr gegenüber Veröffentlichungen in Journals benachteiligt werden und dazu angehalten wird, keine Exklusivveröffentlichungsrechte mehr an Verlage abzugeben.

## 12 Grasbrook: Quadratisch praktisch gut?

Bei Gebäuden und Infrastruktur der Uni Hamburg besteht unmittelbarer Handlungsbedarf, um eine konstruktive Lehr- und Lernatmosphäre zu gewährleisten. Eine Vielzahl von Gebäuden bedarf dringend der Sanierung. Neben der Qualität der Gebäude lässt auch die Quantität der zur Verfügung stehenden Räume zu wünschen übrig. Der Universität fehlen Räume für den Lehrbetrieb, seien es Hörsäle, Lern- und Arbeitsräume oder auch Räume für Fachschaften und studentische Projekte.

Das jetzige Universitätsgelände ist mit dem Umfeld gewachsen und hat eine bewegte Geschichte vorzuweisen. Es stellt somit heute das lebendige kulturelle Zentrum des Grindelviertels dar. Ein Umzug der gesamten Universität wäre ein gewaltiger Eingriff, da gewachsene Strukturen, Geschäfte und Gastronomie aufgrund der fehlenden Klientel schließen müssten und somit ein Großteil der Lebendigkeit des Stadtteils verloren ginge.

Die vom Senat vorgelegte Studie ist tendenziös mit dem Ziel die Variante eines Komplettumzuges auf den Grasbrook als einzigen Weg darzustellen, weil dies aus stadtentwicklungspolitischen Gründen gewünscht ist. Wir lehnen die Studie daher als Entscheidungsgrundlage ab. Die Diskussion hat gezeigt, dass sich eine Erneuerung und Erweiterung der Universität in Eimsbüttel möglich und wünschenswert ist. Der kleine Grasbrook ist auch für eine Teilverlagerung kein geeigneter Standort, es entstünde ein lebloser Campus, zu dem man zu den Vorlesungen hin- und anschließend so schnell wie möglich nach Hause fährt.

Wir sind der Meinung, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Bereits geplante Projekte, wie die Zusammenlegung der Biologie in Klein Flottbeck, die Rückführung der Informatik auf den Campus und die Innensanierung des Philosophenturms, müssen zügig vorangetrieben werden. Die Politik muss auch dann Geld für die Universität bereitstellen, wenn es sich nicht um ein gigantisches vermeintliches Leuchtturmprojekt handelt. Wir halten es nicht für erforderlich mit der Entscheidung zu warten bis die PräsidentInnenstelle neu besetzt ist; die Diskussion muss mit allen Beteiligten geführt werden und nicht nur zwischen Behörde und Universitätspräsidium.

### **13 Viel Werbung, nichts dahinter?**

Werbung, so scheint es, ist in dem täglichen Leben an beinahe allen Orten präsent. Manche Werbebotschaften sind als solche kaum noch zu identifizieren, wenn man sich ihrer nicht gewahr ist. Längst hat Werbung auch die Universität erreicht. Sei es, dass Veranstaltungen dadurch finanziert werden oder Promotionveranstaltungen auf dem Campus stattfinden. Fest steht: Studierende sind als Zielgruppe attraktiv.

Wir verstehen Universität nicht als einen Ort der Werbung, sondern als einen Ort der Lehre, der Forschung und der Bildung. Die Universität wendet sich der Gesellschaft zu, auf die sie mit kritischem Auge blickt und ihre Verhältnisse reflektiert. Daher widerstrebt es uns, dass der Campus gezielt zu Werbezwecken erschlossen wird, um Universitätsmitglieder als MultiplikatorInnen der Werbetreibenden zu vereinnahmen.

## 14 Kultur

Festivals, Theater, Ausstellungen und ähnliches sind Teil unseres kulturellen Lebens auf dem Campus. Kulturelle Veranstaltungen als Schnittstelle diverser Einflüsse und studentischer Interessen geben Anregungen und Denkanstöße, sie können unsere politische Kultur bereichern. Kultur ist für uns gestalterischer Ausdruck, geistige und praktische Auseinandersetzung und Umformung dessen, was uns täglich umgibt. Für Studierende gehört der Campus zum Mittelpunkt ihres Lebens. Deshalb fordern wir die Öffnung universitärer Räume zur freien Nutzung als studentische Kulturräume. Schwerpunkt der AStA-Arbeit im Bereich Kultur soll die Förderung einer von Studierenden für Studierende aktiv gestalteten und nicht kommerziellen Kultur sein.